

Rede von Isabell Hiekel (MdL) zum Antrag Wasserwerk Müllrose

Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen,

Sauberes gesundes Trinkwasser ist ein hohes Gut. Es ist unser wichtigstes Lebensmittel. Die Versorgung mit Trinkwasser in hoher Qualität ist für uns selbstverständlich. Aber ist es das wirklich?

Anlässlich des Weltwassertages waren die Frankfurter Abgeordnete Sahra Damus und ich im März dieses Jahres im Wasserwerk in Briesen. Hier wird in aufwendigen Verfahren aus Grundwasser und Spreewasser das Trinkwasser für die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) und die im Landkreis Oder-Spree mitversorgten Kommunen gewonnen und aufbereitet.

Weil das Grundwasservorkommen nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, wird Spreewasser zugeleitet und in großen Becken zur Versickerung und damit zur Grundwasseranreicherung gebracht.

Mit dem Anstieg des Sulfatgehaltes in der Spree steigt so auch der Sulfatgehalt im Trinkwasser. Hohe Sulfatwerte befördern die Verdauung, können Durchfall und Kopfschmerzen verursachen.

Für Menschen mit Verdauungsproblemen mag das praktikabel sein. Aber für Säuglinge, Kleinkinder, ältere Menschen und Kranke kann es gefährlich und lebensbedrohlich werden, wenn das Trinkwasser für den Gemeingebrauch zu hohe Sulfatwerte aufweist.

Deshalb gibt es den Grenzwert von 250 mg/l Sulfat für Trinkwasser.

Nun ist es kein Geheimnis, dass der Sulfatgehalt der Spree in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist. Das Sulfat stammt vor allem aus

den aktiven Tagebauen, aber auch aus Gewässern im Verantwortungsbereich der LMBV, also aus den Alttagebauen.

Sozusagen als Vorwarnstufe wurde deshalb für das Wasserwerk Briesen ein Immissionsrichtwert von 280 mg/l für Sulfat am Spreepiegel Neubrück einige Kilometer oberhalb der Spreewasser-Entnahmestelle festgelegt und dieser wird ständig überprüft.

Dieser Vorwarnwert wurde in den vergangenen Jahren immer wieder für mehrere Tage überschritten. Dies hatte bisher jedoch keine akuten Auswirkungen auf die Trinkwasserqualität für die 65.000 Menschen im Versorgungsbereich der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft.

Aufgrund der aktuellen Datenlage zeigt sich, dass der Grenzwert momentan noch eingehalten werden kann. Aber dennoch es ist schwierig, den Verursacher, nämlich den Braunkohlenbergbau, rechtssicher zur Finanzierung von Maßnahmen zu verpflichten.

Gleichwohl besteht Handlungsbedarf für die mittel- und langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung im Frankfurter Raum. Denn die Engpässe sind vorprogrammiert –

zum einen durch die sehr wahrscheinliche Verringerung der Grundwasserneubildung im Klimawandel, also durch lange Trockenphasen,

und zum anderen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung für die Stadt Frankfurt und den ländlichen Raum im Versorgungsgebiet.

Wir sind uns einig, dass hier das Vorsorgeprinzip greifen und schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden muss, um die Trinkwasserqualität langfristig zu sichern.

Die im Jahr 2020 vom Bergamt vorgelegte Gefährdungsabschätzung hat als Vorzugsvariante dafür die Ertüchtigung des Wasserwerkes Müllrose herausgearbeitet. Dazu bekennen wir uns mit diesem Antrag.

Grundwasser aus Müllrose soll dem Wasser im Wasserwerk Briesen beigemischt werden um die Sulfatwerte zu senken. Die Verdünnung von sulfathaltigem Wasser ist übrigens die einzige praktikable Methode, um den Sulfatgehalt zu senken.

Dazu sind am Standort Müllrose Investitionen von ca. 10,4 Millionen € erforderlich.

Angesichts der Tatsache, dass die Ursachen für die Sulfatbelastungen aus dem Braunkohlenbergbau in der Lausitz erwachsen, wäre eine Umlage der Kosten auf die Bevölkerung, und da geben wir der LINKEN völlig recht, nicht akzeptabel. Wir sehen hier vor allem die Bergbaubetreiberin LEAG und die LMBV, also die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft in der Pflicht.

Und es ist auch nicht vertretbar, zu warten, bis eine akute Gefährdungssituation eintritt und die Gesundheitsämter aktiv werden müssen. Wir wissen alle, welche Zeiträume Planungs- und Umsetzungsprozesse brauchen.

Deshalb sind wir seit dem Vorliegen der Gefährdungsabschätzung im Herbst 2020 mit den zuständigen Ministerien und deren nachgeordneten Fachbehörden in dieser Sache im Gespräch.

Ich möchte aber an dieser Stelle dennoch der Fraktion der LINKEN für den Anstoß danken, den sie mit ihrer Kleinen Anfrage und ihrem Antrag gegeben haben. Ja, auch wir denken, dass hier mehr Fahrt aufgenommen werden muss.

Aber das Problem ist nicht trivial und möglicherweise müssen wir auch nochmal neu denken, um eine Lösung herbeizuführen. Deshalb werden wir den Antrag der Linken heute auch ablehnen und setzen unseren Entschließungsantrag dagegen, der unserer Regierung größere Freiräume für die Problemlösung lässt.

Hier müssen alle möglichen Finanzierungsquellen in den Blick genommen werden. Nicht nur die Landesebene ist gefragt, sondern auch die EU und der Bund.

Und natürlich dürfen auch die Verursacher des Problems nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden. Wir werden deshalb immer wieder darauf drängen, dass die angemahnten Gespräche auch mit der LEAG und der LMBV weitergeführt werden.

Es kann schließlich nicht sein, dass die Belastungen aus der Braunkohlenförderung auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Erbe des Braunkohlenbergbaus drückt sich nicht nur im Klimawandel aus.

Es holt uns auch bei ganz selbstverständlichen Tagesthemen wie der Trinkwasserversorgung ein. Dabei ist das Wasserwerk Briesen nur ein Beispiel.

Und es betrifft nicht nur den Sulfatgehalt der Spree, sondern vor allem auch die Belastung mit Eisenocker, die Versauerung der Seen und den gesamten Wasserhaushalt der Lausitz.

Wir werden noch Jahrzehnte mit diesen Problemen zu kämpfen haben. Aber je eher wir aus der Kohleförderung aussteigen, desto besser lassen sich die Folgen eingrenzen.

Danke für die Aufmerksamkeit!